

# Solidarität



Organ Des Verbandes der graphischen Hilfs-  
Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM.  
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 12 • 37. Jahrgang

Berlin, den 21. März 1931

## Bei den Betriebsrätewahlen nur die freigewerkschaftliche Liste

Die Betriebsrätewahlen sind allerorts in vollem Gange. Sie sollen vorgenommen werden nach den Richtlinien des DGB, die in einem Aufruf der freien Gewerkschaften (Nr. 5 der „Solidarität“) unseren Mitgliedern erneut zur Kenntnis gebracht wurden. Darin ist ausdrücklich festgelegt, wer Betriebsrat werden kann, nämlich freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die mit dem nötigen Wissen für diesen schweren Posten ausgestattet sind. Unorganisierte und Gegner der freien Gewerkschaften kommen bei der Wahl für die Mitglieder unseres Verbandes nicht in Betracht. Und damit kein Mißverständnis aufkommt, soll gleich hinzugefügt werden, daß unter Gegnern und Feinden der freien Gewerkschaften die NSD.-Leute, Nazis und Gelbe zu verstehen sind.

Verbandsmitglieder dürfen auf einer gegnerischen Liste nicht kandidieren, das ist selbstverständlich. Wer es dennoch tut, darf sich über die Folgen nicht beschweren. Jede Gewerkschaft würde sich selbst aufgeben, wollte sie in ihren eigenen Reihen Mitglieder dulden, die an der Zerschlagung des Verbandes aktiv mitwirken. Beschlüsse des Verbandsvorstandes und Beirats bedrohen Mitglieder, die sich auf Listen der Gewerkschaftsfeinde aufstellen lassen, mit dem Ausschluß aus der Organisation. Alles das muß den Mitgliedern unseres Verbandes **besonders** sein und soll **besonders** der Unwissenheit halber hier noch einmal besonders hervorgehoben werden.

In verschiedenen Zustiften haben Verbandsmitglieder sich an die Organisationsleitung gewandt und bitter Klage über das verantwortungslose Treiben von NSD.-Leuten und Nazis anlässlich der diesjährigen Betriebsrätewahlen geführt. Es ist unnötig, den Verbandsvorstand auf das verbandsschädigende Treiben der Anhänger dieser politischen Richtungen aufmerksam zu machen. Verbandsstatut und die erwähnten Beschlüsse genügen, um diesen Schädlingen das Handwerk zu legen. Von der Verbandsleitung wird keine Rücksicht genommen; wer gegen das Verbandsgesetz verstößt, hat in unseren Reihen nichts mehr zu suchen. Die Verbandsinstanzen sind sich in diesem Vorgehen gegen die Gewerkschaftsfeinde einig mit der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder, die den Verband vor Schaden bewahrt haben wollen. Das beweist auch ein Eingehänd des Kollegen Wache (Berlin) — nur eins von vielen —, dem wir folgendes entnehmen.

Nach einem allgemeinen Überblick über die wirtschaftliche und politische Situation, die manchen Berufsangehörigen den Blick getrübt hat für eine sachliche Beurteilung der Dinge, schreibt der Kollege:

„Ein Teil der Kollegenschaft ist unfähig geworden zum sachlichen Denken, und gerade dieser Teil wird durch eine wüste Hege faschistischer NSD.-Methoden erfasst und durch nebelhaften Wust heuchlerischer Phrasen vollends irrezugemacht. Es ist einfach eine Wortklaubererei, ein dialektischer Trick der Kommunisten, zu sagen, wir wollen ja die Einheit des Verbandes. Warum dann diese Unwahr-

haftigkeit, die man mit einem „Saltet den Dieb!“ vergeblich zu bemänteln sucht? Die sogenannte „rote Einheitsliste“ ist eine Liste von Haber und Häßlichkeiten, von Scheußlichkeit unverantwortlicher Leute, die seit 1923 bis jetzt fünfmal ihre Parolen änderten. Das „Neue“, was sie erkröhen, sind mehr Unorganisierte und Börgler. Wir leben heute unter Reizzuständen, die sich an der Not jeden Tag neu schärfen. Und diese Reizzustände verführen zu härtester Ungerechtigkeit des Urteils über die freien Gewerkschaften. Jede Stimme der Roten Einheitsliste ist ein Verrat an Verband und der Kollegenschaft. Wer Großes vorhat, muß sich zunächst genau alle Verhältnisse vor Augen führen und dann sorgfältig abwägen, was er will und was er kann. Wer anders verfährt, zerstört statt aufzubauen.“

Kollege Wache schließt mit der Aufforderung, nur die freigewerkschaftliche Liste zu wählen.

Wie es in Theorie und Praxis bei den Kommunisten aussieht, wissen wir Buchdruckerarbeiter aus den Vorgängen in den Gewerbebetrieben. Wir wissen, wie sie ihre Parole „Keinen Pfennig Lohnabbau, Erhöhung der Löhne usw.“ in die Tat umsetzen. Nur ein Beispiel:

In September vorigen Jahres wurden dem bei den kommunistischen Zeitungen „Rote Fahne“, „Welt am Abend“, „Berlin am Morgen“ beschäftigten Zeitungspersonal die Löhne um 33% Prozent reduziert. Damit nicht genug, hat man noch einen 45 prozentigen Personalabbau vorgenommen. Von 900 beschäftigten Zeitungsträgern wurden 400 entlassen. Der Tarifvertrag, der diese Beschäftigten für das in dem genannten Betriebe beschäftigte Zeitungsträgerpersonal garantierte, wurde abgeschafft zwischen der kommunistischen Geschäftsleitung und den Vertretern der roten Gewerkschaftsopposition.

Alle Achtung vor diesen Betriebsräten. Na und dann die Nazis, die neuen Gelben, die sich auch hier und da mausig machen. Wer als Arbeiter so dumm ist, dieser sogenannten Arbeiterpartei nachzulaufen, muß nicht recht bei Trost sein. Ihr Vg. Feder erklärte in einer Rundfunkrede mit Professor Kölling, daß die Nationalsozialisten die Betriebsräte ablehnen und eine Diskussion darüber überflüssig sei. Und der große Adolf, der kommende Kaiser des Dritten Reichs, äußerte sich zu dem inzwischen ausgeschiedenen Vg. Strager:

„Mit welchem Recht verlangen die Arbeiter und Angehörigen Anteil am Besitz oder gar an der Leitung der Betriebe? Daß man einen unfähigen Regierungsrat oder gar einen Betriebsrat in der Leitung der Betriebe mitreden läßt, wird sich jeder Wirtschaftsführer verbeten.“ Das ist doch deutlich genug. Diese Tzitate lassen sich noch beliebig vermehren; uns sollen jedoch die angeführten für heute genügen.

Kommunisten und Nationalsozialisten bezwecken nichts weiter als die Zerstörung der Gewerkschaften. Ihre Wahl also bedeutet vermehrtes Elend und Aufgabe aller sozialen Errungenschaften. Wir lehnen es ab, sie als Betriebsräte zu wählen, weil wir die Kraft der Gewerkschaften im Kampf mit dem Unternehmertum heute nötiger haben denn je.

„Sie steht allein; der Vater ist arbeitslos, die Mutter verdient nichts; sie wohnt schon auf einem fremden Zimmer, weil die Eltern Schlafsucher nehmen müssen. An diesem Tage geht etwas kaputt in ihr, eine Welt geht unter in ihr: zwei Jahre Arbeitslosigkeit hat es nur gebraucht, sie ist 22 Jahre alt — an diesem Tage geht sie mit irgendeinem Manne, der vor dem Arbeitsamt auf Mädchen wartet, die er bereden kann: „Sie sind doch arbeitslos, Fräulein — kommen Sie mit. — Was haben Sie sonst aus vom Leben...?“ Die Polizei stellt bei der Überholung zweifelhafter Hotels massenhaft Mädchen, deren einziger Anweis ihre Arbeitslosigkeitskarte ist. In den Kinos und Hauseingängen sieht jeder von uns täglich Haare, die keinerlei Bedenken mehr tragen, ihre Leidenenschaften zu profitulieren. Die hamburgische Gefährdetenpolizei stellte in 41 Streifen in drei Monaten 400 junge Mädchen und Frauen in den Parks, vor Tanzkaffees, ziellos auf den Straßen der inneren Stadt, die in Schutzhaft genommen werden mußten.“

Wer wollte nicht erkennen, welche Folgen sich hieraus ergeben? Doch nicht nur für die Lebende, sondern auch für die kommende Generation. Die Kinder der Arbeits-

losen werden in nicht geringem Maße von den Folgeerscheinungen beeinflusst. Teilweise wachsen sie in den Wartehallen der Arbeitsämter auf. Der Verfasser des oben zitierten Artikels hat ganz recht mit der Bemerkung, daß in den Arbeitsämtern auch unsere nächste Generation abgestempelt wird. Man beachte die moralische Seite der Arbeitslosigkeit, und man wird ein größeres Minus finden als auf den Gebieten der Wirtschaft und Finanzen.

## 40-Stunden-Woche in der Buchdruckwerkstätte

Schon in Nr. 7 der „Solidarität“ berichteten wir von einer Entschließung der Geschäftsführer der Parteidruckereien der SPD. über die Einführung der 5-Tage-Woche in den Buchdruckbetrieben, damit die Zahl der Arbeitslosen im Gewerbe gesenkt werden kann. Jetzt folgt diesem Beschluß als erste die Druckerei des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, in der auch unsere Verbandszeitung hergestellt wird. Betriebsrat und Geschäftsleitung haben eine Vereinbarung getroffen, nach der ab 16. März die Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich festgelegt wird. Eine Lohnkürzung nach dem Schiedsspruch vom 2. Februar wird nicht vorgenommen, der Lohnausfall für die verkürzte Arbeitszeit wird zu 40 Prozent von der Buchdruckwerkstätte, zu 60 Prozent vom Personal getragen. Für die Urlaubszeit wird der vor Inkrafttreten der Vereinbarung gezahlte volle Wochenlohn vergütet.

In der Buchdruckwerkstätte ist damit die Arbeitszeit um 6 Stunden (bisher 46 Stunden) verkürzt worden; jeder Beschäftigte hat in der Woche einen Tag frei. Durch diese Maßnahme konnten nicht nur Entlassungen vermieden werden, sondern es wurden auch Neueinstellungen vorgenommen. Es geht also, wenn man will. Das sollten sich die Unternehmer gesagt sein lassen, die sich mit allen Mitteln gegen eine Arbeitszeitverkürzung gewehrt haben. Das Beispiel, das die Buchdruckwerkstätte gegeben hat, kann den Unternehmern nur zur Nachahmung empfohlen werden. Wenn sie beweisen wollen, daß es ihnen mit der Sorge um die Arbeitslosen Ernst ist, sollten sie sich sofort mit dem Betriebsrat in Verbindung setzen. Die Eigenbetriebe der Arbeiterschaft dürften nur auf diesen Zeitpunkt gewartet haben, um eine ähnliche Vereinbarung mit der Betriebsvertretung zu treffen. Also, wer macht's nach?

## „Der Schöpfer hat es so gewollt“

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ spendet den Notleidenden folgenden Trost:

„Die materialistische Einstellung beraubte die Armen und Schwachen ihres inneren seelischen Haltes. Die Welt ist unvollkommen und wird es auf unabsehbare Zeit bleiben, so sehr es auch Pflicht eines jeden wahrhaft sozialen Menschen ist, an ihrer Besserung mitzuwirken. Der Schöpfer hat es so gewollt. Da kommt die christliche Lehre und spendet Trost für das, was der Arme an irdischen Gütern entbehren kann: Mein Reich ist nicht von dieser Welt! Selig sind die Armen im Geiste! Für den Reichen ist es weit schwerer, das Himmelreich zu erwerben, als für den, der nicht durch materiellen Besitz beiderseits hart an die Erde gekettet ist. Im Tod sind wir alle gleich, und wie kurz ist das bisherige Leben! Auch der Reiche ist von seelischer Not nicht verschont. Jedem Arbeiter soll sein gerechter Lohn werden; christliche Caritas soll die äußerste Not lindern, wo sie irgend kann, aber das Glück des Menschen hängt allein von den inneren Dingen ab. Wäre es nicht an der Zeit, daß diese unergänzlichen Wahrheiten dem deutschen Volke wieder kräftiger zu Bewußtsein gebracht werden? Auf daß der Wahn überwunden werde!“

Kapital und Religion Hand in Hand! Eigenartig nur, daß die Kreise um die „Deutsche Bergwerkszeitung“ es sich selbst so schwer machen, das angepreisene Himmelreich zu erlangen. Und daß sie auch noch darob das Urteil der Umwelt erregen möchten. — Aber wir wollen den Herrschaften durch unsere Aufklärungsarbeit helfen, „daß der Wahn überwunden werde“.

## Die sittliche Gefahr

Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheit, sondern auch eine kulturelle. Es ist gar nicht auszudenken, welche wertvollen Kräfte durch diese Wirtschaftskatastrophe zertreten werden. Es kommt nicht von ungefähr, daß die Übertretungen der Gesetze in erschreckendem Maße zunehmen. Die Moral erhält einen Knick. Ganz besonders schlimm ist es für hilflose und innerlich nicht festgelegte Menschen. Sehr großen Gefahren sind die arbeitslosen Frauen und Mädchen ausgesetzt. Vor den Arbeitsnachweiser für Frauen hatten sich zahlreiche Männer auf, in der Absicht, abgefertigte Frauen zu verführen. In einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“, Reichsausgabe Nr. 178 bis 180, lesen wir hierüber u. a.:

„Sie ist 22 Jahre alt, Kontoristin, seit zwei Jahren arbeitslos, ohne Hoffnung, wieder Arbeit zu bekommen;

# Ein Konsumgenossenschaftlicher Ernährungsindex

Die Konsumgenossenschaften sind von ihrer Konkurrenz, den Einzelhandelsverbänden, des öfteren wegen ihrer Preisgestaltung angegriffen worden. Es ist ihnen verboten, durch Veröffentlichung von Preisvergleichen das Gegenteil zu beweisen. Seit dem Jahr 1926 sind aber vom Zentralverband Deutscher Konsumvereine Preisermittlungen und Berechnungen zur Erhebung eines Konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex vorgenommen worden. Zur Feststellung des Index wird zunächst, wie die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ berichtet, für die Bezirke der Berichtsstellen der durchschnittliche Preisstand der wichtigsten Bedarfsgüter, die bei der Berechnung des amtlichen Ernährungsindex als Grundlage dienen (Brot, Mischferzeugnisse, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Gemüse, Fleischwaren, Getreide, Käse, Eier, Milch usw.), ermittelt. Die Berechnung der Bedarfsgüterpreise im Reichsdurchschnitt erfolgt auf Grund der von allen Berichtsstellen gemeldeten Preisermittlungsergebnisse. Unter Benutzung der Reichsdurchschnittspreise wird der Wert des „Einkaufstorbens“, dessen Inhalt dem normalen Vierwochenbedarf einer Arbeiterfamilie entsprechen soll, errechnet. Eine Gegenüberstellung des amtlichen und des Konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex ergibt, daß vom Jahre 1926 bis 1931 ersterer um 7,5 v. H. gesunken ist, während der Konsumgenossenschaftliche Ernährungsindex um 8,7 Proz. zurückging. Unter Zuarundlegung eines einheitlichen Nenners (1926 = 100) ergibt sich folgendes Bild:

	Ernährungsindex amtlicher	Konsumgenossenschaftlicher
Im Durchschnitt des Jahres 1926	100,0	100,0
Im Durchschnitt des Jahres 1927	105,2	102,4
Im Durchschnitt des Jahres 1928	102,5	103,1
Im Durchschnitt des Jahres 1929	107,0	102,9
Im Durchschnitt des Jahres 1930	99,0	106,3
Im Durchschnitt des Monats Januar 1931	92,5	91,3

Von Bedeutung ist an diesem Vergleich neben dem stärkeren Rückgang der Konsumgenossenschaftlichen Preise die Preisdifferenz in den Jahren 1927 bis 1929. Schätzungsweise hat das Volk in den drei Jahren 60 Milliarden Mark für seine Ernährung ausgegeben. Da die Konsumgenossenschaften durchschnittlich um 3 Proz. billiger waren, hätte das deutsche Volk 1,8 Milliarden Mark gespart, wenn es zu den Preisen der Konsumgenossenschaften hätte einkaufen können. Eine Ersparnis von 600 Millionen je Jahr ist ein Drittel der jährlichen Reparationslast Deutschlands. Der Wert der Verbrauchergenossenschaften für die Lohn- und Gehaltsempfänger dürfte durch den Konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex aufs neue erwiesen sein.

# Randbemerkungen zur Politik

## Der Panzerkreuzer B.

Müßte die SPD. den Bau des Panzerkreuzers dulden? Wenn es keine andere Wahl gab, als Panzerkreuzer oder Nazi-Regierung, dann ja — denn den Faschismus jetzt an die Regierung zu lassen wäre ein Verbrechen. Hitler im Besitz des Staatsapparates würde noch mehr aufschwellen. Hitler „vor den Toren“ wird schmelzen wie ein Schneemann in der Sonne.

Es fragt sich, ob Brüning bei einer Ablehnung des Panzerkreuzers gewagt hätte, Deutschland in die Nazi-Katastrophe zu treiben. Auf jeden Fall bestand diese Gefahr. Die Verantwortung für den Irrsinn, daß in der Zeit der schwersten Krise Tugende von Millionen für ein militärisch fast wertloses Spielzeug hinausgeworfen werden, trägt die Reichswehr, die heute so umworben wird, daß sie übermüht wird. Wenn sich der Reichswehrminister Gröner in einem Erlaß an die Kommandeure rühmen konnte, daß es ihm gelungen sei, „die Reichswehr zum stärksten Faktor im Staate zu machen, an dem niemand bei politischen Entscheidungen vorbeigehen könne“ — so hat er keine Aufgabe als parlamentarischer Minister verfehlt. Wir wollen keine Prätorianerherrschaft in Deutschland.

## Das Kaufengeschäft

Die deutschen Industriekapitäne sind mit einem 300 Millionen = Auftrag aus Rußland zurückgekehrt. Das bedeutet Beschäftigung für viele tausend deutsche Arbeiter. Aber sehen wir uns das Geschäft etwas näher an, wobei nur nebenbei bemerkt sei, daß wir den Russen alles Gute bei ihrem wirtschaftlichen Versuch wünschen. Es scheint, daß das Geschäft sowohl auf Kosten der Arbeiter wie auf Kosten des Staates ins reine kommen soll. Die Unternehmer versuchen einen nochmaligen ungeheuerlichen Lohnruck mit dem Hinweis auf die außerordentlich niedrigen Preise, die die Russen verlangen, und sie fordern abendrein vom Reich eine Ausfallbürgschaft für 70 Prozent des Auftrages.

Es mutet grotesk an, daß sich ausgerechnet deutsche Unternehmer, die als erste Opfer der Weltrevolution nach bolschewistischem Muster fallen sollen, sich am russischen Aufbau beteiligen. Das Kapital läuft eben dahin, wo eine Rente winkt, auch wenn es dabei in sein eigenes

Verderben geht — was nicht unsere Sorge ist. Wenn aber das Kapital Profit riecht, dann soll es auch das Risiko tragen. Gar so einwandfrei scheint übrigens das Kaufengeschäft nicht zu sein, sonst würde nicht eine so außerordentlich hohe Ausfallbürgschaft verlangt. Das Reich, das am Profit bestimmt nicht beteiligt wird, soll den etwaigen Verlust mittragen, oder vielmehr allein tragen. Das ist zuviel verlangt, selbst auf die Gefahr hin, daß der Vertrag mit den Russen rückgängig gemacht werden muß.

## Den Juntlern ins Stammbuch

Aus einem Artikel im „Vorwärts“ entnehmen wir:

„Gegen die Arbeiter, Angestellten, Rentner und Entenigen aller Art war der Landwirt hart und brutal, so gar schadenfroh (es gibt natürlich auch Ausnahmen). Heute heißt er Mitleid und Hilfe — als eine Selbstverständlichkeit. Jene gerieten unschuldig ins Unglück, diese (die Landwirte) sind in Übermut und Hochmut hineingetaumelt. Selbstschuldig!“

Eines kann man mit ziemlicher Sicherheit sagen: Die rühmlichen Ausnahmen, die der „Vorwärts“ erwähnt, sind bestimmt nicht die, die heute am meisten schreien. Gerade diese wenigen gehören wohl zu denen, die ihre Wirtschaft in Ordnung haben und trotz aller schlechten Zeiten noch Überschüsse erzielen. Die ostelbischen Juntler aber schreien seit Jahrzehnten von ihrer Not. Schlecht gegangen ist es ihnen noch nie.

## Woher kommt die Not?

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt zum Chaplin-Besuch: „Wir Deutsche sollten gerade von dieser uns von Gott beschiedenen Notzeit sehr darüber nachdenken, wem Ehre gebührt usw.“

Wir dachten bisher, daß die Widersprüche eines verrückten Wirtschaftssystems und die Borniertheit elitärer Herrschaftsführer schuld an der Krise seien. Jetzt wissen wir wenigstens, bei wem wir uns zu bedanken haben.

# Protestaktion der Steindruckerei-Hilfsarbeiter in München

Der Lohnraub im Buchdruckgewerbe läßt auch die Steindruckereibesitzer nicht ruhen. In verschiedenen Orten haben sie Anträge auf Herabsetzung der Löhne gestellt und begründen ihre Forderungen mit den üblichen Redensarten, die kein Arbeiter ernst nimmt und je ernst genommen hat. Auch in München reichten sie ihre Forderungen ein und bestellten als vorläufige Männer, um Zeit zu sparen, gleich den Schlichtungsausschuss, der nach Meinung der Unternehmer nur den Zweck hat, „ihnen bei dem Lohnraub zu helfen.“ Verhandlungen am 13. Februar endeten mit einem Schiedsspruch, der eine prozentige Lohnsenkung vorseht.

In einer Versammlung am 16. Februar berichteten die Kollegen Lehmeier und Schmid eingehend über die Verhandlungen. Die Lohnkommissionsmitglieder ergänzten die Berichte mit dem Hinweis auf die Hartnäckigkeit der Unternehmer. Erbitterte Zwischenrufe fielen. Temperamentvolle Kolleginnen traten als erfolgreiche Mediatorinnen auf und forderten Ablehnung. Damit begnügte sich die Versammlung aber nicht. In der sehr kurz bemessenen Befristung des Schiedsspruches (31. Juni) sahen die Kolleginnen und die Kollegen die Gefahr, bei latenter Hinnehme des Schiedsspruches in etlichen Wochen schon einen weiteren Lohnabbau entgegennehmen zu müssen. Trotz des Hinweises vom Kollegen Schmid, daß mit der sofortigen Arbeitsniederlegung der Kampf illegal würde und der Verband nicht die Führung übernehmen könnte aus Gründen, die für jeden, der auch nur das ABC der Gewerkschaftsbewegung kenne, einleuchtend seien, wählte die Versammlung unter Ausschaltung des Ortsvorstandes eine Streikkommission und beschloß, in den Firmen Oberpacher-Graphia und Mandruck am nächsten Tage, den 17. Februar, die Arbeit nicht mehr aufzunehmen.

Der erste Streiktag sah die Unternehmer bei ihrem unablässigen Bemühen, den Verband schadenhaftig zu machen. Man konnte es eben nicht begreifen, daß der Arbeiterschaft auch ohne Mithilfe des Verbandes einmal der Geduldsfaden reißen kann. Bald aber kam die Wende. Die Ortsverwaltung wurde von den Unternehmern ersucht, die Protestaktion in die Hand zu nehmen und einer Erledigung zuzuführen. Vorerst war es die Firma Graphia, die in Verhandlungen mit dem Verbandsrat trat mit dem Erfolg, daß ohne jede Maßregelung trotz der inzwischen gewonnenen Streikbrecher das gesamte Hilfspersonal am 19. Februar die Arbeit wieder aufnahm. Auch bei den beiden anderen Firmen kam es zu Verhandlungen mit der Ortsverwaltung und zu einem Abkommen, so daß offiziell der Streik beendet war. Die Sympathie aller Kolleginnen und Kollegen stand den Streikenden zur Seite, da sie selbst in der Zeit des größten Elends der deutschen Arbeiterschaft den Mut zu einer energiegelassen Protestaktion aufgebracht haben.

Inzwischen hatten, nachdem der Verein Münchener Lithographie- und Steindruckereibesitzer die Verbindlichkeit des Schiedsspruches beantragt hatte, Verhand-

# Wenn unsere Patrioten wüßten...

daß Hoffmann von Fallersleben nicht nur „Deutschland, Deutschland über alles“ geschrieben hat, sondern auch folgendes satirisches Gedicht:

Wie ist doch die Zeitung so interessant für unser liebes Vaterland! Was haben wir heute nicht alles vernommen! Die Fürstin ist gestern niedergekommen, Und morgen wird der Herzog kommen, Hier ist der König heimgekommen, Dort ist der Kaiser durchgekommen — Wie interessant! Wie interessant! Gott segne das liebe Vaterland!

Wie ist doch die Zeitung so interessant für unser liebes Vaterland! Was ist uns nicht alles berichtet worden! Ein Fortepeschnich ist Leutnant geworden — Ein Oberhofprediger erhielt einen Orden, Die Palatin erhielten silberne Borden, Die höchsten Herrschaften gehen nach Norden (Und jetzt ist es Frühling geworden —!) Wie interessant! Wie interessant! Gott segne das liebe Vaterland!

Wenn unsere Patrioten wüßten, daß Joseph Haydn, aus dessen österreichischer Nationalhymne „Gott erhalte Franz, den Kaiser“ die deutsche Nationalhymne geworden ist, sich unterfing, 1800 in Wien einen Offizier der französischen Besatzungsarmee, der ihm die Arie des „Urie!“, „Mit Würd' und Hoheit angetan“, aus seiner „Schöpfung“ vorgelesen hatte, zu marieren!

Wenn das unsere Patrioten wüßten, müßten sie nicht nach heutigem Gebrauch vor solcher Gefinnung „Psiu Teufel!“ rufen?? Müßten sie nicht den Staatsanwalt auffordern, Hoffmann von Fallersleben wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung, Joseph Haydn wegen Landesverrat („Konspiration mit dem Landesfeind“) zu belangen? Müßten sie nicht...??

lungen vor dem Landesrichter stattgefunden. Dort wurde nach langen und äußerst schwierigen Verhandlungen folgende Vereinbarung abgeschlossen:

1. Die Lohnregelung vom 1. April 1929 bleibt bis einschließlic 27. Februar 1931 in Geltung.
2. Mit Wirkung ab 28. Februar 1931 betragen die tariflichen Wochenlöhne für:
  - ... vollwertige Stein- und Zinkbleiler ... 52,05 M.
  - ... sonstige Steinbleiler und Hilfsarbeiter:
    - von 16-17 Jahren ... 18,35 M.
    - von 17-18 Jahren ... 19,50 M.
    - von 18-19 Jahren ... 30,65 M.
    - von 19-21 Jahren ... 36,10 M.
    - von 21-24 Jahren ... 40,05 M.
    - über 24 Jahre ... 46,10 M.
  - Einlegerinnen, Format 145 cm ... 31,95 M.
  - Einlegerinnen, Format 125 cm ... 30,45 M.
  - Einlegerinnen, Format 110 cm ... 29,— M.
  - Bogenfängerinnen, Format 145 cm ... 29,70 M.
  - Bogenfängerinnen, Format 125 cm ... 28,45 M.
  - Bogenfängerinnen, Format 110 cm ... 27,30 M.
  - Hilfsarbeiterinnen über 21 Jahre alt:
    - 19-21 Jahre alt ... 25,40 M.
    - 17-19 Jahre alt ... 23,10 M.
    - 16-17 Jahre alt ... 20,80 M.
    - 16-17 Jahre alt ... 17,60 M.
  - Einlegerinnen an Offsetpressen, welche keinen automatischen Apparat haben, erhalten ... 33,10 M. pro Woche.

Das sonstige weibliche Hilfspersonal an der Offsetmaschine erhält jeweils den Spitzenlohn einer Bogenfängerin.

Für Bronzieren, Abtauben und Puderarbeiten wird ein Zuschlag bezahlt, und zwar

- a) an der Maschine ... 10 Pf. pro Stunde
- b) mit der Hand ... 20 Pf. pro Stunde

3. Korrespondende Lohnregelung gilt bis auf weiteres. Diefelbe kann von jeder Partei jeweils mit einer Frist von 4 Wochen zum Lohnwochenlauf, erstmals jedoch zum 3. Juli 1931 gekündigt werden.

4. Mit dieser Vereinbarung ist der Antrag des Vereins Münchener Lithographie- und Steindruckereibesitzer auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 13. Februar 1931 gegenstandslos.

Diese Vereinbarung bedeutet gegenüber dem Schiedsspruch vom 13. Februar eine Verbesserung gerade für die am schlechtesten entlohnten unteren Gruppen des Steindruckerei-Hilfspersonals.

Mag die Bewegung unserer Mitglieder in den Steindruckereien vielleicht da und dort Kopfschütteln hervorgerufen haben, wer die tieferen Gründe aber erfährt, wird auch Verständnis dafür aufbringen.

Weil mit dem Essen der Appetit kommt, haben die Unternehmer im Steindruck in München nun auch die Mantelbestimmungen des Tarifs für das Hilfspersonal gekündigt. Wir sehen auch dieser Aktion mit Ruhe entgegen, sagen aber schon heute: Meine Herren, täuschen Sie sich nicht, das Hilfspersonal der Münchener Steindruckereien ist auch weiterhin nicht gewillt, Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ruhig hinzunehmen.



# Arbeitsvereinfachungen für den Hilfsarbeiter in Buchdruckereien

Die Zeiten, da der Hilfsarbeiter im Schweiß seiner Angelegenheiten die schweren Papierrollen mit Hilfe seiner Kräfte und seiner Arme befördern mußte, sind in den meisten Druckereien wohl für immer dahin. Es gibt heute zahlreiche Hilfsmittel, die ihm diese schwere körperliche Arbeit erleichtern helfen. Für jeden Verwendungszweck gibt es heute Transportkarren, die schwere Lasten ohne große Mühe von einem Ort zum andern befördern helfen. Es soll durchaus nicht verkantet werden, daß durch die Einführung derartiger Hilfsmittel in diesen Fällen Schädigungen für die Arbeiterchaft insofern eingetreten sind, als Arbeiten, zu denen früher mindestens zwei Mann erforderlich waren, heute von einem Mann bewältigt werden können. Insofern könnte man alle derartigen Einrichtungen wohl verdammen. Aber bei allen derartigen Einrichtungen sowie überhaupt bei allen Maschinen, die in den letzten Jahrzehnten in allen möglichen Betrieben Eingang gefunden haben, hat es sich ja stets gezeigt, daß die Arbeiterchaft noch immer der leidtragende Teil gewesen ist. Für den Unternehmer, der sein Kapital in arbeitssparende Maschinen oder Einrichtungen anlegte, kamen dabei nicht unbeträchtliche Gewinne heraus. Die Arbeiter mußten diese Betriebsrationalisierung mit langandauernder Arbeitslosigkeit bezahlen. Niemals hat der Unternehmer darauf Rücksicht genommen, ob Arbeiter durch Einführung arbeitssparender Maschinen überflüssig wurden. Das ist aber im Wesen des Kapitalismus begründet.

Wenn dennoch der überlebende Arbeiter diese fruchtbringenden Maschinen und Einrichtungen als einen Fortschritt begrüßt, so zeigt er damit nur, daß er den Gegebenheiten der technischen Entwicklung weitgehendes Verständnis entgegenbringt. Vögel sind wir aus der Zeit heraus, als die Maschinenindustrie als Hilfsmittel gelehrt wurde. Wir sehen es ja täglich in allen Industriezweigen, daß die technische Entwicklung, vor dem Menschen nicht haltmacht. Sie mit Gewalt aufhalten zu wollen, wäre gleichbedeutend mit Rückschritt. Es müssen also andere Auswege gesucht werden, um dem Übel zu steuern. Doch soll in diesem Zusammenhang davon nicht die Rede sein, sondern wir wollen die Dinge einmal betrachten von der guten Seite aus, das heißt wie weit sie dem im Betriebe beschäftigten Arbeiter Vereinfachungen schaffen.

wo dann die Bogen auf den geschilderten Ladegeräten zur Verarbeitung bereitstehen.

Auch von Etage zu Etage lassen sich mit Hilfe dieser Transportmittel große Lasten leicht befördern, wenn ein Lastenfahrstuhl zur Verfügung steht. Man hat nur nötig, die Karren in den Fahrstuhl zu fahren und die Räder durch Ketten festzustellen, damit der Karren während des Aufstiegs nicht ins Rollen kommt.

Die bekannten zweirädrigen Transportkarren, die seit langem von fast allen Kollbahnherrn hauptsächlich zum Transport von Kisten verwendet werden, sollen hier nur nebenbei



Abbildung 4

erwähnt sein, weil auch sie häufig mit zum Bestande der Transportgerätschaften in den Druckereien gehören. Auch diese einfachen Transportkarren beruhen auf dem einfachen Hebelgesetz. Der kurze Anlauf am unteren Teil ist ziemlich stabil gebaut, weil er in erster Linie dazu berufen ist, das schwere Gewicht einer Bismutrinne z. B., anzugreifen. In ganz kurzem Abstand davon sind die verhältnismäßig niedrigeren oder sehr stabilen Räder angebracht. Man wird bemerkt haben, daß diese Karren selten übermäßig lang gebaut sind. Zunächst mag das verwunderlich erscheinen, weil gemäß dem Hebelgesetz die Handhabung der schweren Last mittels einer solchen Karre bedeutend erleichtert würde, wenn sie recht lang gebaut wäre. Die Praxis scheint sich aber anders entschieden zu haben. Es zeigt sich auch, daß, wenn große Kisten mit solcher Karre befördert werden, die Hebelverlängerung durch die Räder selbst gegeben wird, daß also die größere Länge der Karre dabei kaum eine Rolle spielt.



Abbildung 1



Abbildung 2

Für den graphischen Hilfsarbeiter kommen als solche Vereinfachungen, wie schon eingangs erwähnt, hauptsächlich Transporteräte in Frage. Die beigegebenen Abbildungen veranschaulichen derartige Gerätschaften. Wir sehen in der ersten Abbildung, wie große Papierrollen, die auf eigens dazu hergestellten Ladegeräten aufgestapelt sind, durch die sogenannte Hubkarre verhältnismäßig leicht befördert werden können. Die großen Papierrollen, die in dem Papiersteller untergebracht sind und dort ausgepackt werden, brauchen nicht mehr riesweise in den Druckerlauf getragen werden. Das Papier kann ausgepackt, Kies um Kies auf das Ladegerät gestapelt werden, beinahe bis zu Mannshöhe. Es wäre unmöglich, daß ein Mann einen derartigen Stapel durch seiner Arme Kraft von der Stelle schaffen könnte. Die auf dem Hebelgesetz beruhende Hubkarre gibt ihm aber diese Möglichkeit. Sie wird einfach unter das Ladegerät geschoben und ein Druck mit der Hand oder dem Fuß genügt, um den Stapel auf die Hubkarre zu heben, wobei der hebelartige Griff gleichzeitig zum Ziehen und Fortbewegen dient.



Abbildung 3

Eine ähnliche Einrichtung zeigt die Abbildung 2, wo die Hubkarre zum Transport von Kästen eingerichtet ist, die für Schmalmaschinen geeignet sind. Hier vollzieht sich der Abtransport in ähnlicher Weise wie vorher bei den Ladegeräten geschildert.

Auch für den Transport von Rotationsrollen, selbst solchen größten Formats, ist ein Karren konstruiert worden, den uns die Abbildung 3 vor Augen führt. Die sechs Räder sind hier walzenförmig durchgebildet und besonders stabil angeordnet. Dadurch, daß nicht alle Räder gleichzeitig auf dem Boden aufliegen, wird die Schwenkbewegung der schweren Rollen leicht ermöglicht. Durch die niedrige Bauart dieses Karrens und seitlich angebrachte Scharren läßt sich die Rolle auf den Karren wälzen, wo sie in muldenförmig angebrachten Schienen ruht.

Die nächste Abbildung zeigt uns einen kastenartigen Wagen, der seitlich zwei größere Räder und vorn und hinten je ein kleines Stützrad hat. Diese Wagen, die an der einen Breitseite offen sind, dienen zum Transport der fertigen Buchbinderarbeiten, wie Broschüren usw. Auch mit diesen kastenartigen Wagen lassen sich beträchtliche Lasten mit Leichtigkeit befördern. Abgesehen davon, daß hier noch eingeschaltet werden, daß die zu Anfang erwähnten Hubkarren auch dazu dienen, den fertigen Druck in die Buchbinderei zu schaffen,

Schließlich müssen noch als arbeitserleichternde Transportmittel die Kollbahnen erwähnt werden, von denen wir gleichfalls eine Abbildung zeigen. Derartige Einrichtungen werden natürlich nur in großen Betrieben nützlich verwendet werden können, wo viel Kisten und größere Pakete zum Versand kommen. Im kleinen Druckhaus in Tempelhof z. B. ist ein solches Transportband durch einen der großen Säle in mehrfachen Bindungen angeordnet und endet schließlich in einer Gleitbahn, die schräg abwärts zum ersten Stock zum Hof hinunterführt, an deren Ende sich eine Laderampe befindet, von der aus die Kisten und Pakete in die Autos verladen werden. Daß auch solche Transportbänder zum Befördern von Zeitungen in Großbetrieben verwendet werden, möge der Vollständigkeit wegen gleichfalls erwähnt werden.

Alle die hier geschilderten Einrichtungen und Hilfsmittel haben wesentlich zur Entlastung und Arbeitsvereinfachung des Hilfsarbeiters beigetragen. Auf die schädlichen Auswirkungen wurde zu Anfang dieses Aufsatzes hingewiesen. Trotz dieser Schädigungen sollte man diesen die Arbeit erleichternden Einrichtungen nicht gram sein, eben weil sie dem Hilfsarbeiter Kräfte ersparen, weil sie ihm Vereinfachungen verschaffen, die ihm das Arbeiten angenehmer gestalten können. Wenn sich erst in der Menschheit im allgemeinen und bei den Unternehmern im besonderen der Gedanke Bahn gebrochen hat, daß alle arbeitserleichternden Maschinen und Methoden der Allgemeinheit dienlich gemacht werden müssen, und nicht nur dem einzelnen Unternehmer oder Betriebe Vorteile bringen dürfen, dann wird man den Segen erkennen, den ein derartiger Fortschritt mit sich bringt. Solange die kapitalistische Vörsenwelt sich von dem Gedanken an den Profit nicht losmachen kann, solange wird dieser Segen ausbleiben, der darin besteht, daß dem arbeitenden Menschen durch die träger- und zeitsparenden Maschinen mehr Freizeit gegeben werden kann, das heißt also, daß die Arbeitszeit zugunsten der arbeitenden Menschen auf ein Mindestmaß beschränkt wird. Damit wäre dann auch das so qualvolle Problem der übergroßen Arbeitslosigkeit gelöst. Es scheint aber, als ob auf dem Wege zu diesem Ziel der Arbeiterchaft noch manche schweren Kämpfe bevorstünden. Sie erfolgreich durchzuführen, ist die Aufgabe der arbeitenden Klasse und der Gewerkschaften als ihrer berechtigten Vertreter. ags.

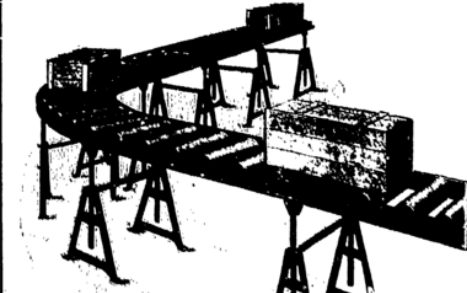


Abbildung 5

Die Abbildungen entstammen der Preisliste der Sächsischen Transporterätefabrik Neubauer & Schubert, Dresden, 1928.

# Spaziergang am Sonntag

Am Sonntag pilgern sie hinaus zu den Siebungen am Rande der Großhild. Die junge Ehepaare der Arbeiter. Sie haben noch keine Wohnung, wann, auf wann werden sie eine bekommen? Sie wandern langsam durch die schmutzigen Straßen. Und ihr Traum, ihres Lebens größte Hoffnung ist, auch eine solche schöne Wohnung zu haben. Aber Ziele werden ja nicht erreicht. Sie würden sich unendlich freuen, sie würden einen Tag ganz leistungsfähig sein, einen Tag nicht arbeiten vor Freude — an dem Tage, an dem sie eine Wohnung bekommen. Und wäre es auch nur eine Altwohnung. Die kann man ja wenigstens noch bezahlen. Eine eigene Wohnung und sei sie noch so klein. Sie sind ja so so bescheiden geworden.

Andere Generationen hatten es besser. Unsere Eltern heirateten und fanden Wohnung. Gewiß, es bedeutete auch für sie kein Zuckersüßes, aber sie konnten wenigstens das eine: Zusammenwohnen.

So bleibt unseren Jungverheirateten nur die Wohnung zur Untermiete. Wer mit Frau und Kind bei fremden Leuten gewohnt hat, weiß, was das heißt. Gerechtigkeit auf beiden Seiten. Streit wegen Gas, Wasser und Strom.

Oft leben sie unzufrieden getrennt. Bei den Eltern zu wohnen ist unmöglich. Dort wohnen schon andere verheiratete Gesandter. So wohnt der junge Mann möbliert oder bei seinen Eltern. Und das Kind wächst auf und sieht seine Eltern so selten. Wird ihnen fremd.

Nur Sonntage. Da bauen sie Luftschlößer. Die kosten nichts. Die junge Mutter fährt den Kinderwagen. Das Kindchen läßt die Welt ist so schön und so weit. Und bald wird es auch Fröhling.

Sie sehen die schönen Wohnungen in den Neubauten. Sie sehen sie mit derleiben inbrünstigen Sehnsucht, mit der arme Kinder vor den Schaufenstern der Spielwarengeschäfte stehen. Zweizimmerwohnungen, Dreizimmerwohnungen, Einfamilienhäuser. Mit ungeheuren Mieten. Viele stehen schon seit Wochen und Monaten leer. Mehrere tausend Mark Baukostenzuschuß. Mieten von siebzehn, achtzig und hundert Mark. Nichts für Arbeiter. Solche Wohnungen kann ja oft der Mittelstand nicht bezahlen. Sonst ständen sie nicht leer.

Gewiß es gibt Baugenossenschaften mit Wohnungsmieten, die für den Arbeiter noch halbwegs erschwinglich sind. Nur einige hundert Mark Baukostenzuschuß. Die kann man schließlich noch zusammenparen — wenn man nicht währenddem arbeitslos wird. Aber sie müssen warten. Drei und vier Jahre.

So können sie nur Pläne schmieden, was sie tun würden, wenn sie sich eine Wohnung hätten. Sie bleiben stehen. — Weißt du Mini, in die Stube würde ich einen Bücherschrank stellen, keinen zum Schmuck, er müßte zum Brechen voll mit Büchern werden. Und einen Schreibtisch könnte ich vielleicht auch noch hineinstellen. Und ein Radio.

Und ich würde mir die Küche mit Linoleum auslegen lassen, schöne, bunte Schwebenstreifen kämen an die Fenster und in die Küche ein ganz moderner Küchenschrank. Wenn, ja wenn.

Sie lächeln hernach schmerzlich und fühlten sich irgendwie beschämt. Dann sind sie niedergeschlagen. Das Kind ist eingeschlagen. Es ist schon spät am Nachmittag.

Sie sind Opfer einer Ordnung der Sinnlosigkeit. Wie wir alle, Entwürfe des Glückes. Sie werden früh alt und das winzige Fleckchen von Hoffnung gilt den Kindern. Demen wird es einst besser ergehen. Und das ist nicht Hoffnung, das ist bestimmte Zuversicht.

Indessen fahren sie nach Hause und warten, warten auf eine eigene Wohnung. Arthur Jahr.

# Am die Wurst

In Mecklenburg ist, so lesen wir in der „Frankfurter Zeitung“, ein Streit ausgebrochen, der nicht nur eingehend besprochen wird, sondern auch die Gerichte beschäftigt. Es verhält sich damit folgendermaßen: Vor etwa 150 Jahren waren die Hofbesitzer in Demen gehalten, an die Kirche jährlich 180 Pfund Mettwurst zu liefern. Das Recht war viele Jahre nicht geltend gemacht worden, und die Mettwurstlieferung ruhte dementsprechend. Im Jahre 1928 aber kam die Kirche darauf zurück und verlangte die Mettwurstlieferung nicht nur für das laufende Jahr, sondern zugleich für drei zurückliegende Jahre. Die Hofbesitzer erklärten, sie würden sich um eine derartig verkaufte Gerechtlame nicht kümmern. Geistlicher Jurisprudenz nicht nichts; die Kirche mußte klagen. Sie gewann den Prozeß, und die Hofbesitzer mußten die Wurst liefern. Aber schon bei der ersten Scheide wies der Vertreter der Kirche, der die Lieferung zu prüfen hatte, den Gedanken weit von sich, die gelieferte Wurst als das gelten zu lassen, was die Kirche in Mecklenburg billigerweise an Mettwurst zu fordern berechtigt sei. Die Hofbesitzer waren empört, aber das Nahrungsmittelamt in Rostock bestätigte, daß zu viel Rindfleisch verarbeitet worden sei. Die Wurst ging also zurück, und die Hofbesitzer ließen zunächst nichts mehr von sich hören. Als geistlicher Jurisprudenz abermals nicht wirkte, wurde von der Kirche ein weiterer Prozeß angestrengt. Die daraufhin gelieferte Wurst war noch schlechter, was das Nahrungsmittelamt bestätigte. Der Prozeß schwebt noch. Sachverständige Urteile über Zusammenlegung und Geschmack echt mecklenburgischer Mettwurst spielen dabei die erste Rolle. Historische Mettwurstrezepte wurden hervorgehoben und als Beweismittel vorgeführt. Die Ansuchen der Hofbesitzer sind so wenig günstig, daß sie jetzt einen radikalen Schritt ausgeführt haben: Sie erklären nämlich ihren Austritt aus der Landeskirche. Die Landeskirche antwortete mit einer Erklärung: Die Hofbesitzer hätten unter allen Umständen Mettwurst zu liefern, da die Last auf dem Grundbesitz, nicht aber auf den Besitzern ruhe. Der Kampf geht weiter...

Schöne Christen, diese mecklenburgischen Hofbesitzer. Weil die Kirche auf Lieferung von Gratiswurst ohne rindliche Belege besteht, treten sie einfach aus der Kirche aus! Das wird ihnen teuer zu stehen kommen. Denn die Fülle des allerdemokratischsten Reiches legt, wie ihre Urteile bei der Festschließung zeigen, hohen Wert auf mittelalterliche Angerechtlame. Weiter riskieren die Hofbesitzer, daß fortan ihren Feldern und Viechern Regen und Sonnenschein vor-enthalten bleiben.

# Lassalle-Worte

Die Begeisterung, diese höchste Gesundheitswärme des Geistes — sie ist glücklicherweise noch viel ansehnlicher im Volke, als irgendeine Krankheit des Körpers!

# XI. Bundesaussschussung des ADGB.

Der Bundesaussschuss des ADGB. trat am 10. März im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 11. Sitzung zusammen.

## Mitteilungen des Bundesvorstandes.

Der Vorsitzende des ADGB, Leipzig, wies zu Beginn der Sitzung auf die nationalsozialistische Propaganda gegen die Konjundureine hin, der die Gewerkschaften in ihrer Presse entschieden entgegenzutreten sollten. Der Vorstand ist der Meinung, daß an der Arbeitserholung am 1. Mai festgehalten werden soll, und zwar wie früher überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist.

Das Zentrum hat den Antrag gestellt, das Berufsausbildungsgesetz, das alle Instanzen durchlaufen hat, erneut einzubringen. Auch die Sozialdemokratische Partei wird ihrerseits einem Wunsche der Gewerkschaften entsprechend, die Verabschiedung des Gesetzes anregen. Der ADGB-Bund hat angeregt, einen gemeinsamen Ausschuss zu bilden, der die sozialen Auswirkungen der nationalsozialistischen Unterjochung soll. Der Bundesvorstand hat dieser Anregung zugestimmt. Außerdem hat der Bundesvorstand den Kollegen Zeitwälinger beauftragt, im Zusammenwirken mit den Ortsvereinigungen und Betriebsräten Betriebsbestimmungen durchzuführen und Untersuchungen über die sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Wirkungen der Rationalisierung vorzunehmen. Die Feststellungen sollten sich zunächst auf Berliner Betriebe beziehen.

Leipzig erörterte kurz das Verhältnis der Gewerkschaften zur Technischen Nothilfe. Der Bundesvorstand hält es gegenüber Anregungen von anderer Seite für richtig, an der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften festzuhalten und den Beitritt von Mitgliedern zur Technischen Nothilfe nicht zu empfehlen.

Am dem Plan einer Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsratsfragen wird festgehalten. Seit Januar erscheint ein Nachrichtenblatt über Tarif- und Lohnbewegungen. Leipzig kam dann auf die Broschüre der Kommunistischen Partei „Der Arbeiterrat der Gewerkschaftsbonzen“ zu sprechen, gegen deren Verbreitung bekanntlich eine einstweilige Verfügung erwirkt worden ist. Das Pamphlet selbst ist so bedeutungslos wie ähnliche Nachwerke gleichen Ursprungs im letzten Jahrzehnt. Abschließend beprach Leipzig die Vorbereitung für den Kongress in Frankfurt, die sich natürlich mit der Krise und den Wegen zu ihrer Überwindung befassen muß. Die Forderungen, die der Vorstand erheben wird, sollen wiederum in einem Sammelwerk, unter Unterstützung von Schwerkräften, eingehend begründet werden. Das Hauptreferat des Kongresses soll durch diese umfassende Begründung eine wissenschaftlich einwandfreie Grundlage erhalten. Der Bundesaussschuss nahm die Anregungen, die der Vorsitzende in seinem Bericht gegeben hatte, einstimmig an.

## Die allgemeine Lage.

Leipzig erstattete nunmehr Bericht über den Ausgang der Verhandlungen mit den Unternehmern, mit denen sich der Bundesaussschuss auf seiner letzten Tagung beschäftigt hatte. Mit den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben Verhandlungen stattgefunden. Die Spitzenorganisationen kamen zu dem Ergebnis, daß von einem starren Schematismus der Tarifverträge keine Rede sein könne. Die Unternehmer denken bei ihren Beschwerden ja auch gar nicht an die Tarifverträge im allgemeinen, sondern nur an die Lohnabkommen.

Der Redner behandelte außerdem die Besprechung beim Reichspresidenten und dem Plan von Hörling über das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das sich zum Teil mit alten Forderungen deckt, zum anderen Teil aber nicht durchführbar ist.

Von allen Rednern, die an der Aussprache teilnahmen, wurde einstimmig die Auffassung vertreten, daß die Gewerkschaften in der heutigen Situation nicht mit der erfolglosen Kraft vorzugehen können, die sie unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen aufbringen könnten. Aber die Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmer die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft und die selbstverständliche verminderte Kampfraft der Gewerkschaften ausnutzen und das vorhandene Geld steigern, diese brutale Macht-politik darf und soll ihnen nicht vergehen werden. Die Zeit wird kommen, in denen die Gewerkschaften ihren Gegnern beweisen werden, daß ihr Kampfwille durch die jegliche Krise sich zwar nicht vollständig entfalten kann, daß er aber ungebrochen ist und zu gegebener Zeit die ganze Kraft der Organisationen einbringen wird, um das verlorene Gelände wiederzugewinnen.

Zwei Entschließungen wurden vom Bundesaussschuss einstimmig angenommen. Sie haben folgenden Wortlaut:

## Zur Arbeitszeitfrage.

„Der Bundesaussschuss erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem wirksamem Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit größerem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.“

Der Bundesaussschuss erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1930 die gesetzliche Einföhrung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverlängerung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verkürzung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.

In dem der Bundesaussschuss wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitslosigkeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesaussschuss schärfsten Protest dagegen, daß bis in die jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedssprüche gefällig und zwangsweise durchgeführt wurden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Am so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt.“

## Zur Lohnfrage.

„Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden. Statt der in Aussicht gestellten Behebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftverminderung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.“

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft, Böhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmittelbar und restlos in den Konjunktur und bilden durch ihren Anlauf einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Geschäftstätigkeit der Handel- und Gewerbetreibenden. Der Bundesaussschuss erhebt deshalb erneut seine wachsende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem rückwärtsgeringen Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere, weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

Leipzig schloß die Sitzung mit einem Hinweis auf die wachsende Not der Massen und die Sorgen der Gewerkschaften. In der schwersten Zeit müssen sich alle tätigen Menschen in der Bewegung ihren ersten Pflichten und der Größe ihrer Aufgabe doppelt bewußt sein. Die Gewerkschaften haben trotz allem keinen Anlaß zur Mühseligkeit. Ihre Pflicht ist, die Sorge der Massen auf sich zu nehmen und die Schatten der Mühseligkeit aus den Reihen der von stärkstem wirtschaftlichem Druck gequälten Arbeiterschaft zu bannen.

## Aus den Zahlstellen

**Elbing a. N.** Generalversammlung am 3. März. Aus dem Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung ist zu ersehen, daß sieben Mitgliederversammlungen jeweils mit Vorträgen abgehalten wurden. Beim Kassenbericht zeigte der Berichterstatter, Kollege Enderle, daß eine Steigerung der sozialen Unterhaltungen eingetreten sei. Diejenigen Kolleginnen, die seit der Wiederaufrichtung der Verwaltungsstelle dem Verband die Treue bewahrt haben, wissen, daß sie nicht nur lohnpolitisch, sondern auch sozialpolitisch im Verband eine wertvolle Stütze haben. Der Mitgliederstand kann als stabil bezeichnet werden. Der Verammlungsbesuch war gut, kann aber im kommenden Geschäftsjahr noch besser werden, da in jeder Verammlung aktuelle Themen zum Vortrage kommen. Unter dem zweiten Punkt der Tagesordnung behandelte der Gauvorsitzer Kollege Werner die Lohn- und Tariffragen. Das unabdingbare Amt sei das Amt des Unterhändlers mit den Arbeitgebern. Die Kollegenschaft verlange jedoch wie möglich Erfolge, die Erfolgsmöglichkeit aber hänge mit der Wirtschaft und mit der Stärke der Organisation eng zusammen. Durch das Vorhandensein einer starken Organisation konnte der Lohnabbaue wesentlich gemildert werden. Der Kampf der Unternehmer gegen die Organisationen der Arbeiterschaft ist ein Kampf gegen jeden Arbeiter, aus dieser Erkenntnis heraus müsse mit frischem Mut und Kraft am weiteren Ausbau der Organisation gearbeitet werden. Punkt 3 der Tagesordnung, Neuwahl der Ortsverwaltung, brachte keine nennenswerten Änderungen in der Zusammenfassung der Verwaltung.

**Reichenbach.** Am 7. März fand sich die große Familie des graphischen Gewerbes zu einer Verammlung des Graphischen Kartells im Volkshaus zusammen. Kollege Bahn vom Verband der Litographen u. Steinbrücker eröffnete als Vorsitzender des Kartells die Verammlung und behauerte, daß zu diesem überaus wichtigen Vortrage des Galleiters vom Graphischen Hilfsarbeiterverband, Kollegen Herrmann, Dresden, über das Thema „In Lohnabbaue das Mittel zur Behebung der Krise“ der Besuch nicht noch zahlreicher war. Im Eingang seines Referates legte Kollege Herrmann die Ursachen der bestehenden Weltwirtschaftskrise in allgemeinverständlichen Worten klar. An Hand von umfangreichen Statistiken bewies er, daß gar kein Zwang in den Kreisen der graphischen Industrie zum Lohnabbau vorliegt, und daß die Ersparnisse einzig und allein in den Profitkäuel der Unternehmer fließen. Auch die Meinung, vielfeicht auf dem Auslandsmarkt durch Lohnabbau mit billigeren Erzeugnissen zu konkurrieren, widerlegte Kollege Herrmann. Die fremden Staaten würden sich, genau wie Deutschland mit Agrarprodukten, durch hohe Zudritzesölle vor deutschen Schleuderdresen schützen. Zum Schluß seiner Ausführungen legte er die Pläne der Gewerkschaften zur Besserung der katastrophalen Lage dar. Von denen Generalverbände dem Redner durch starken Beifall gebant.

**Zwickau.** Generalversammlung am 4. März. Die Verammlung, welche sehr gut besucht war, wurde in Anwesenheit unseres Galleiters, des Kollegen Herrmann, Dresden, vom Vorsitzenden, Kollegen Rießberg, eröffnet. Das Referat „Die Unternehmerrückweise auf unsere Löhne“, wurde von den Anwesenden beifällig aufgenommen. In Hand von Zahlenmaterial wies Kollege Herrmann nach, daß die Durchschnittspreise gegenüber 1914 noch um 166 Prozent überlagert sind, daß also dort der Hebel anzuweisen sei, um eine Verdichtung herbeizuführen. Die starke Investition von Kapital in neuen Maschinen (Klitzerte Koll. Herrmann gleichfalls. Zum Schluß schilderte er den Gang der Lohnverhandlungen, kritisierte das zur Zeit bestehende Schlichtungswesen und forderte alle Anwesenden zur weiteren Mitarbeit in der Organisation auf. Den Verwaltungsbereich ertraktete Koll. Rießberg, den Kassenbericht erläuterte der Kassierer, Koll. Schöne. An die Hauptfälle wurden 2228,82 M. überwiesen. Der Mitgliederbestand hat keine Änderung erfahren. Die Neuwahlen brachten keine Veränderung innerhalb der Funktionen. Neu als Kassierer wurde die Kollegin Frieda Müller gewählt. Zum Schluß wies der Vorsitzende, Koll. Rießberg, den Gau und die das 25 jährige Bestehen der Zahlstelle Zwickau am 16. und 17. Mai hin. In den Betriebsvertretungen soll die Hilfsarbeiterchaft prozentual mit vertreten sein.

# Rundschau

**Zur Arbeitsmarktlage in unserem Verband.** Für Februar haben 170 Zahlstellen über 14 089 männliche, 23 042 weibliche, zusammen 37 131 Mitglieder berichtet. Von diesen waren arbeitslos: 2240 männliche = 15,9 Prozent, 5883 weibliche = 25,5 Prozent, zusammen 8123 = 21,9 Prozent. Berührt arbeiteten: 678 männliche = 4,8 Prozent, 2341 weibliche = 10,2 Prozent, zusammen 3019 = 8,1 Prozent Mitglieder. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegen den Vormonat um 30 gesunken, die der Kurzarbeiter um 17 gestiegen. 51 Zahlstellen haben sich an der Berichterstattung nicht beteiligt.

**Börsehaufe und Konjunktur.** An den Börsenbörsen ist seit einiger Zeit neuer Mut eingetroffen. In New York, Paris und London sind anscheinlich Kurssteigerungen bei den marktängigen Wertpapieren zu verzeichnen gewesen. Auch in Deutschland zeigt die Börse seit Wochen ein freundliches Gesicht. Weht man von der Auffassung aus, daß eine Besserung der Konjunktur sich zuerst in den Börsentursen bemerkbar macht, so stände ein Wendepunkt in der Wirtschaftsentwicklung nahe bevor. Eine Voraussetzung ist allerdings, daß mit dem freundlichen Wetter an der Börse eine Entspannung und Erleichterung des Geldmarktes einhergeht. Die Diskontermäßigungen in Frankreich, in den Vereinigten Staaten, Holland, der Schweiz usw. haben die Voraussetzungen für die Börsebewegung gegeben. Der Geldmarkt in Deutschland läßt zur Zeit noch eine Entspannung vermissen. Dennoch ist durch die Genfer Konferenz das Vertrauen zu Deutschland wesentlich gestärkt worden. Die bekannte Finanztransaktion mit Frankreich konnte nur auf dieser Basis vollzogen werden. Wie man aber auch die Bewegung der Börse einschätzen und betrachten möge, die Konjunktur wird dadurch einen Anstoß erhalten. Vielleicht ist der Umschwung in der Wirtschaftsentwicklung näher als wir glauben.

## Literatur

- „Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Betriebskunde. Herausgeber Theodor Scheidt. Schriftleiter Volmar Erdmann. Heft 2, 1931. Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. B. S., Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,95 M.
- „Das Nachbild für den Kommunalpolitiker.“ In: „Die Gemeinde“, die Halbmonatschrift für kommunale Arbeit in Stadt und Land. Herausgeber: G. M. B. S., Berlin S 14. Abonnementpreis: 1,20 M. Vierteljährlich 3,60 M. Vertrieb: G. M. B. S., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, entaceen.
- „Anlage-Bücher.“ Die Zeitschrift ist fast ausschließlich dem letzten Stand der Ausgabe gewidmet. Der „Kultur-Bücher“ erscheint monatlich und ist zum Vierteljahrespreis von 1 M. von allen Kommunalisten und Buchhändlern zu beziehen. Einzelnummern 40 Pf. Druck und Verlag Weisauer Buchdruckerei AG., Leipzig 61.
- „Die „Sozialistische Aktion“ mit ihren Folgen.“ „Widerwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ um Preise von 1,20 M. in für das Vierteljahr durch die Post ohne die Bindung in die Zeitschrift „Sozialistische Aktion“ zu beziehen. Die Zeitschrift „Sozialistische Aktionsarbeit“ 1931. Abonnementpreis: 1,20 M. Vierteljährlich 3,60 M. Vertrieb: G. M. B. S., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, entaceen.
- „Arbeitstagen.“ Mitteilungsorgan des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands G. M. B. S. Mit den Kollegen: „Galleiters“, „Galleiters“ und die „Galleiters“. Die Zeitschrift für die wirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Preis 10 Pf. Berlin: Verbandsleitung der G. M. B. S., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
- „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.“ Herausgeber: G. M. B. S., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
- „Die Krise der Arbeiterbewegung.“ Herausgeber: G. M. B. S., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
- „Die Krise der Arbeiterbewegung.“ Herausgeber: G. M. B. S., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

„Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.“ Herausgeber: G. M. B. S., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

„Die Krise der Arbeiterbewegung.“ Herausgeber: G. M. B. S., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

„Die Krise der Arbeiterbewegung.“ Herausgeber: G. M. B. S., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Wichtig und unerwartet verstarb nach kurzer Krankheit am 10. März unser lieber, alter Kollege, der Hilfsarbeiter

**Hermann Erull**  
(Altecker General-Anzeiger)

im 62. Lebensjahre.

Stets werden wir seiner ehrend gedenken.

Die Kollegschaft der Zahlstelle Lübeck.

Informer lieben Kollegen Werner Bergmann und Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Mitglieder der Zahlstelle Rammberg a. d. E.

Informer lieben Kollegin Frieda Siebig und ihrem Gemahl die besten Glückwünsche zur Hochzeit.

Die Mitglieder der Zahlstelle Potsdam.

**Abrechnungen**

In der Woche vom 8. bis 14. März sind die Abrechnungen des 4. Quartals für den Gau 5 aus Dresden bei der Hauptkasse eingegangen.

Berlin, den 14. März 1931. S. Lodaßl.

Für die Woche vom 15. März bis 21. März ist die Beitragskarte in das 12. Feld des Mitgliedsbundes oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: K. Schmitz, Charlottenburg, Meerfeldstraße 5, Fernruf: Amt Weidend 1928. — Verlag: S. Lodaßl, Charlottenburg, Heerstraße 10. — Druck: Verbandsdruckerei der G. M. B. S., Berlin-SW 61, Dreisbuckstraße 3.